

# STADTLEBEN

Nutzung im Sinne der  
Stadtentwicklungsstrategie mg+  
Wachsende Stadt

## Der Bahnhof gehört uns

Offiziell gehört der Rheydter Hauptbahnhof, beziehungsweise das sanierungsbedürftige Gebäude, nun der Stadt; der Kauf des Rheydter Hauptbahnhofes durch die städtische Entwicklungsgesellschaft EWMG ist nun auch notariell besiegelt, damit ist die bisherige Bahnimmobilie endgültig in den Besitz der Stadt übergegangen. Der EWMG-Aufsichtsrat hatte Ende 2015 den Ankauf für das marode und in die Jahre gekommene Gebäude beschlossen. „Mit der Verfügbarkeit über das Grundstück kann nun über ein Interessen-Bekundungsverfahren der städtebauliche Wettbewerb für die zukünftige

Nutzung eingeleitet werden“, so Dr. Gregor Bonin, Beigeordneter für Planen, Bauen, Mobilität und Umwelt. „Dabei soll bewusst völlig offen bleiben, ob das Gebäude abgerissen und durch einen Neubau ersetzt oder saniert werden soll“.

Die bisherigen Mieter, unter anderem eine Bäckerei, sollen auch zukünftig am Standort bleiben. „In einem nächsten Schritt sollen städtebauliche Entwicklungsvorschläge erarbeitet werden. Den Zuschlag erhält das Büro mit dem besten Konzept, das auch zukunftsfähig und im Sinne der Stadtentwicklungsstrategie mg+ Wachsende Stadt überzeugt“, so Bonin weiter. Dabei soll nicht nur das Bahnhofsgebäude, sondern auch das direkte Umfeld, zu dem auch der Busbahnhof zählt, in den Fokus gesetzt werden. „Ich freue mich, dass wir nun gemeinsam mit der Verwaltung in den Wettbewerb gehen und den offenen Prozess starten. Fest steht allerdings,



das großflächiger Handel ausgeschlossen ist“, so EWMG-Geschäftsführer Dr. Ulrich Schückhaus. In diesem Jahr sollen die planerischen Rahmenbedingungen festgelegt werden, um das Gelände im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens zu veräußern und damit eine positive Entwicklung anzustoßen, die ganz im Sinne des Programms Soziale Stadt Rheydt den Innenstadtbereich als weiterer Baustein aufwerten soll. Die Ausschreibung für das Verfahren ist derzeit in Vorbereitung, im Sommer sollen erste Entwürfe für die anschließende politische Beratung vorgelegt werden.